

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/185

27. September 1974

Die Zeichen stehen auf Kooperation

Perspektiven des Europäisch-Arabischen Dialogs

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Staats-
minister im Auswärtigen Amt

Seite 1 und 2 / 70 Zeilen

Opposition hat große Chance vertan

Sinnlose Attacke auf die Bundesregierung in Sachen
europäische Agrarpolitik

Von Lothar Löffler MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 3 / 36 Zeilen

Eine Supermacht wird 25 Jahre alt

Gründung der Volksrepublik China war epochales
Ereignis

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 76 Zeilen

Hauptsache Show

Politische Realität und Auftreten in der Öffentlich-
keit sind für die Union zweierlei

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 6 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 86 645 - 48 ppbt d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Die Zeichen stehen auf Kooperation

Perspektiven des Europäisch-Arabischen Dialogs

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Mitglied des Parteivorstandes der SPD und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Als im Dezember 1973 anlässlich der Kopenhagener Gipfelkonferenz vier arabische Minister mit den Außenministern der Neun zusammenkamen, überlegte man sich, wie der auf beiden Seiten bestehende Wille zur engeren Zusammenarbeit konkret in die Tat umgesetzt werden könne. Das Ergebnis dieser Überlegungen war der Beschluß, zwischen den in der europäischen politischen Zusammenarbeit stehenden Neun und der Europäischen Gemeinschaft einerseits und den zwanzig Staaten der Arabischen Liga und deren Generalsekretariat andererseits eine möglichst enge Kooperation anzustreben.

Dieser Europäisch-Arabischer Dialog, wie er von beiden Seiten übereinstimmend bezeichnet wird, wurde dann verhältnismäßig schnell in die Tat umgesetzt. Während unserer Präsidentschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres wurde nach entsprechenden Beschlüssen der neun Außenminister in allen zwanzig arabischen Hauptstädten ein Aide-Mémoire überreicht, in dem vorgeschlagen wurde, den Dialog in einem institutionell verankerten Rahmen aufzunehmen. Als wichtigstes Ziel der europäisch-arabischen Zusammenarbeit nannten wir dabei, den wirtschaftlichen Aufbau und die soziale Entwicklung in allen beteiligten 29 Ländern voranzutreiben. Unser Schritt fand bei den arabischen Regierungen ein positives Echo.

Am 31. Juli 1974 trafen sich dann zum ersten Mal Vertreter beider Seiten in Paris und steckten den Rahmen für das weitere Vorgehen ab. So tauschen jetzt Beamte in den arabischen Ländern Informationen über solche Vorhaben aus, die mit Vorrang gemeinsam in Angriff genommen werden sollen. Die neun europäischen Außenminister setzten eine Koordinierungsgruppe ein, die ein einheitliches Vorgehen der europäischen Regierungen mit der EG-Kommission sicherstellen wird.

Die Bundesregierung hat Botschafter Dr. Hans Schirmer, der lange Jahre Nahostreferent im Auswärtigen Amt war und die arabischen Länder aus eigener Erfahrung an Ort und Stelle kennt, zum Leiter eines neuen Arbeitsstabes im Auswärtigen Amt ernannt. Er wird die Beiträge der verschiedenen Ressorts

koordinieren und unser Vertreter in den Gremien des Europäisch-Arabischen Dialogs sein.

Im November dieses Jahres wird dann schließlich in Paris die zweite Phase des Europäisch-Arabischen Dialogs mit dem Zusammentritt einer Allgemeinen Kommission beginnen, in der die neun europäischen und die zwanzig arabischen Regierungen ebenso wie die EG und die Arabische Liga vertreten sein werden. Die Allgemeine Kommission wird den Inhalt und die Prioritäten der Zusammenarbeit festlegen und voraussichtlich Arbeitsausschüsse für die einzelnen Bereiche einsetzen. Es liegt nahe, dabei zunächst vorrangig an die Gebiete Industrie, Landwirtschaft, Energie, Rohstoffe, Wissenschaft, Technologie und Berufsausbildung zu denken.

Wenngleich es noch verfrüht ist, Einzelheiten der Zusammenarbeit jetzt schon nennen zu wollen, so läßt sich doch absehen, daß gemeinsame Investitionen auf industriellem und gewerblichem Sektor besonders interessant sein werden. Europäisches Know-how und arabisches Kapital könnten dabei durchaus auch in Drittländern, z.B. in den von der Verteuerung des Erdöls besonders betroffenen Entwicklungsländern, gemeinsam dazu beitragen, das Los der Bevölkerung zu verbessern. Zur Frage der arabischen Investitionspolitik sagte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Mahmud Riad, bei seinem jüngsten Besuch in Bonn vor dem deutschen Fernsehen: "Die reichen arabischen Staaten haben schon viel Geld in Europa angelegt, und es wird noch mehr arabisches Geld dahin fließen. Wir sollten deshalb diese Frage im Europäisch-Arabischen Dialog vorrangig behandeln. Ich könnte mir vorstellen, daß wir zu einer Einigung gelangen, um den Geldfluß im Interesse beider Seiten vernünftig zu regeln." Äußerungen wie diese lassen mich hoffen, daß der beginnende Dialog erfolgreich sein wird.

Wenngleich diese Zusammenarbeit von ihrer Aufgabenstellung her keinen Einfluß auf die Lösung des Nahostkonflikts nehmen kann, so scheint mir doch denkbar, daß die mit ihr beabsichtigte soziale und wirtschaftliche Entwicklung der arabischen Staaten zu einer Stabilisierung der Lage im Nahen Osten beiträgt. Der Dialog wird nur dann voll erfolgreich sein, wenn Vertrauen in eine friedliche Zukunft der Region besteht.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir die Länder Afrikas, des Mittelmeerraumes und den Iran über die Absichten des europäisch-Arabischen Dialogs unterrichtet haben und dabei insgesamt eine verständnisvolle Aufnahme verzeichnen konnten. Es sollte jedem klar sein, daß sich der angestrebte Erfolg letztlich zugunsten aller Länder des Nahen Ostens auswirken wird. Europa und die arabische Welt sind Nachbarn. Im Interesse aller Beteiligten stehen die Zeichen auf Kooperation und nicht mehr auf Konfrontation.
(-/27.9.1974/ks/pr)

+ + +

Opposition hat große Chance vertan

Sinnlose Attacke auf die Bundesregierung in Sachen europäische Agrarpolitik

Von Lothar Löffler MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich so in ihre Strategie der Opposition um jeden Preis verrannt, daß sie in der aktuellen Stunde zur Agrarpolitik eine große Chance vertan hat - die Chance nämlich, dem Bürger zu zeigen, daß die Opposition bei Berücksichtigung ihrer Bedingungen auch bereit sei, die Bundesregierung in besonderen Fällen zu unterstützen. Eine bessere Gelegenheit, die staatspolitische Verantwortung aus der Opposition heraus zu beweisen, wird sich sobald nicht bieten.

Die Bundesregierung hat die Brüsseler Beschlüsse im Agrar-Ministerrat nicht gebilligt. Zweifelsohne ist das ein ungewöhnlicher, aber auch mutiger Schritt - ein Schritt, den die Opposition - wenn auch nicht expressis verbis - in den Agrardebatten der letzten Jahre immer wieder gefordert hat. Haben die CDU/CSU-Abgeordneten tatsächlich vergessen, daß sie stets der Bundesregierung vorgeworfen haben, in Brüssel zu weich und kompromißbereit aufzutreten? Haben sie tatsächlich vergessen, daß sie bisher nicht ein einziges Brüsseler Verhandlungsergebnis akzeptiert haben? (Das letzte übrigens auch nicht.)

Jetzt, da die Regierung ihrerseits ein Ergebnis nicht billigt, dreht sich die Opposition um 180 Grad und wirft der Regierung wieder, aber mit anderer Begründung, vor, sie vernachlässige die Interessen der deutschen Bauern und schade der Einigung Europas. Damit rutschte der Opposition die Gelegenheit aus der Hand, aktiv auf die Gestaltung der europäischen Agrarpolitik Einfluß zu nehmen.

Statt den Kanzler darauf festzunageln, welche Forderungen der Opposition er bei den kommenden Verhandlungen zu berücksichtigen gedenke, reiten die CDU/CSU-Abgeordneten eine ziellose und wütende Attacke, die sich in der Staubwolke verirrt, die sie selber vorher aufgewirbelt haben. Damit hat die Opposition auch den nationalen Interessen geschadet. Die Position der Bundesregierung gegenüber den EWG-Partnern wäre bei den kommenden Verhandlungen stärker, wenn sich der Kanzler die Argumente der deutschen Opposition nicht auf Französisch, Holländisch oder Englisch anhören müßte, sondern darauf hinweisen könnte, daß alle maßgeblichen politischen Kräfte der Bundesrepublik eine Bestandsaufnahme und Revision der europäischen Agrarpolitik ernsthaft anstreben.

Doch der bayerische Wahlkampf ist der Opposition wichtiger als die Stärkung der deutschen Verhandlungsposition in Europa. Es wird Zeit, daß sich die besonnenen Kräfte in der CDU/CSU-Fraktion endlich gegen die Schreier und Profilsuchenden durchsetzen.
(-/27.9.1974/ka/pr)

+ + +

Eine Supermacht wird 25 Jahre alt

Gründung der Volksrepublik China war epochales Ereignis

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Das Jahr 1949 war reich an Zäsuren in der internationalen Politik der Nachkriegszeit. In jenem Jahr kam es u.a. zur Gründung von zwei Staaten deutscher Nation sowie des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses. Die Geschichtsschreiber dürften aber mit Sicherheit festhalten, daß von allen Ereignissen der in der Proklamation der neuen Volksrepublik China vom 1. Oktober kulminierende Endsieg Mao Tse Tungs in einem langen chinesischen Bürgerkrieg und die dadurch möglich gewordene revolutionäre Umgestaltung des volkreichsten Staates der Welt das epochale Ereignis jenes Jahres schlechthin darstellte. Seine Auswirkungen nicht nur auf das chinesische Volk und seine unmittelbaren Nachbarn in Asien, sondern auf das gesamte internationale System können auch heute, nach 25 Jahren, noch nicht als abgeschlossen gelten.

China selber ist durch den neben Lenin bedeutendsten theoretischen Praktiker der Revolution unserer Zeit, durch den "Vorsitzenden Mao", in einer geradezu beispiellosen Weise von Grund auf transformiert worden: Von einer durch Armut und Hunger der breiten Massen immer wieder durchgeschüttelten Fünf-Klassen- und Agrargesellschaft in einen modernisierten Wohlfahrtsstaat von wahrscheinlich heute mehr als 800 Millionen Menschen, in dem der Unterschied zwischen Arm und Reich nivelliert und der Bruttoproduktionswert der Gesamtindustrie (Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrie) allein zwischen 1949 und 1959 von 14.020 auf 160.300 Millionen YÖan angehoben wurde.

Durch großangelegte Landreformen bis hin zu der Neuerung der Volkskommunen wurde die Lage der Bauern völlig verändert, von denen noch vor 40 Jahren rund 30 vH überhaupt kein Land, und 70 vH nur einen Teil des Landes besaßen, das sie bebauten. Der neue kommunistische Staat unter seinem von allen kommunistischen Führern am längsten "regierenden" Vorsitzenden hat sich heute mit seinen immensen bekannten und unbekanntem Rohstoffvorkommen (zum Beispiel geschätzte Kohlenvorräte 1,5 Billionen Tonnen und vorhandene Wasserkraftreserven rund 540 Millionen Kilowatt) zu einer Atommacht entwickelt und ist zu einer der drei Supermächte unserer Zeit aufgestiegen. Diesen Staat hat die Regierung in Peking im Hinblick auf die außenpolitische Zielsetzung des Landes im Sinne des Bismarck'schen Ausspruches - seinerzeit bezogen auf das Deutsche Kaiserreich von 1871 -, immer wieder als eine "saturierte" Macht definiert.

Die hier nur angedeuteten Auswirkungen einer "permanenten Revolution" mußten nicht nur die unmittelbaren Nachbarn in Asien in ihren Bann ziehen

und das neue China zwangsläufig zur ersten Macht auf dem asiatischen Festland aufsteigen lassen, sondern führten auch zu dem Anspruch auf eine Vorreiterrolle für viele neue Staaten der Dritten Welt. Dadurch ebenso wie durch die ideologischen und nationalen Reibungsflächen war der Konflikt mit der Sowjetunion seit Ende der fünfziger Jahre vorprogrammiert. Er ist für die gesamte Weltpolitik heute von grundlegender Bedeutung.

So liegt denn auch die Bundesrepublik Deutschland nicht völlig außerhalb eines chinesischen Gravitationszentrums im internationalen System. Das Ziel unserer ebenfalls auf die Bewahrung und Festigung des Friedens - nicht nur als Zustand eines Nichtkrieges, sondern auch als Ausdruck gerechter sozialer Ordnungen - ausgerichteten Außenpolitik kann es nur sein, im Rahmen des großen Dreiecks Washington-Peking-Moskau unsere heute schon als traditionell eng zu bezeichnenden Beziehungen zu unserem wichtigsten Verbündeten, den USA, unantastbar zu erhalten, gleichzeitig aber trotz aller Unterschiede in den gesellschaftlichen und politischen Systemen unsere neuen Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zur Volksrepublik China weiter zu entwickeln.

Wir begrüßen es daher, daß sich die bilateralen Beziehungen zwischen Bonn und Peking in den letzten Jahren auf allen Gebieten immer positiver gestaltet haben. Gradmesser für diese Entwicklung sind keineswegs nur die Steigerungen im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (1973 Export aus der Bundesrepublik nach China im Werte von 816 Millionen DM, Einfuhren von 397 Millionen DM, die Bundesrepublik ist damit viertgrößter Handelspartner der Volksrepublik), sondern nicht zuletzt auch die immer zahlreicher werdenden Begegnungen einzelner und von Gruppen aus beiden Ländern bis hin zur Regierungsebene. Hier sind jüngster sichtbarer Ausdruck der Entwicklung sowohl der bevorstehende Besuch des stellvertretenden chinesischen Außenministers in Bonn als auch die angekündigte China-Reise des deutschen Bundeskanzlers.

Man wird sagen können, daß dies alles zusammengenommen schon heute zu einem ungewöhnlich positiven beiderseitigen "Fremdbild" geführt hat. Das Verständnis der chinesischen Führung für unsere Anliegen ist ebenso groß wie umgekehrt bei uns ein Gefühl der Bewunderung für die Leistungen, derer sich die 25 Jahre alte Volksrepublik China auf allen Gebieten rühmen darf. Nicht zuletzt aber dürften im deutschen Volke die nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten und von gewissen Kreisen auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst geförderten Bedrohungsvorstellungen gegenüber einer angeblichen "Gefahr" vom jahrtausendealten "Reich der Mitte" her endgültig in den Bereich töricht-destruktiver Fabeln der Geschichte verbannt worden sein.
(-/27.9.1974/ks/pr)

+ + +

Hauptsache Show

Politische Realität und Auftreten in der Öffentlichkeit
sind für die Union zweierlei

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Das Gesetz zur Sicherung der betrieblichen Altersversorgung war Gegenstand einer eingehenden, von beachtlichem Niveau getragenen Beratung im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung. Zwei Punkte verdienen, daraus hervorgehoben zu werden:

1/ Man war sich quer durch alle Fraktionen darüber klar, daß dieses Gesetz zu einer Ausbreitung, nicht zu einem Abbau der betrieblichen Altersversorgung führen soll. Folglich verbieten sich allzu forsche gesetzliche Regelungen von selbst. Unwidersprochen debattierte der Ausschuß nach dieser Prämisse.

2/ Die Sprecher aller Fraktionen bekräftigten ihre Überzeugung, daß es ihnen unmöglich erscheine, die Dynamisierung der Betriebsrenten durch Gesetz zu erzwingen. Täte man das - so die allgemeine Meinung - würde die Unterhaltung einer betrieblichen Altersversorgung zum unkalkulierbaren finanziellen Risiko für den Arbeitgeber. Ergo sei es vernünftig, die Finger von der Dynamisierung zu lassen.

Im Ausschuß - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - zeigte sich die Union einsichtig. Ja, sie selbst vertrat die Auffassung, das Problem müsse zwischen den Fraktionen diskutiert und gemeinsam gelöst werden. Vorausgegangen war das übliche Geplänkel um tatsächliche oder angemasste Erstgeburtsrechte.

Im Unionspressedienst zog der CDU-Abgeordnete Heinrich Franke ein Facit der Debatte. Franke machte seine Leser glauben, die Union trete für eine Dynamisierung der Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ein und wolle es den Arbeitgebern zur Pflicht machen, die Zusagen im dreijährigen Turnus zu überprüfen.

Es ist etwas Seltsames mit dieser CDU. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit, im Gespräch der Experten, räumt sie ein, daß dem Gesetzgeber gar nichts anderes möglich sei, als sich in deklamatorischer Form zu diesem Problem zu äußern. In der Öffentlichkeit dagegen preist sie derartige Überlegungen als großen sozialen Wurf. Etwa nach dem Motto: "Völker hören die Signale" und in der Hoffnung, Augenwischerei lasse sich als große soziale Leistung verkaufen.
(-/27.9.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller